



*Am 18. April, vier Wochen vor der Wahl, richtete der Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. den Politischen Talk zur Landtagswahl 2012 im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf aus. Für Freie Berufe und Landespolitik eine gute Möglichkeit, Anliegen zu verdeutlichen und Standpunkte zu klären.*

An der Veranstaltung nahmen folgende Landespolitiker teil: Lutz Lienenkämper, Staatsminister a. D., CDU; Hans-Willi Körfges, SPD; Daniela Schneckenburger, Bündnis90/Die Grünen, und Dietmar Brockes, FDP. Moderator des Nachmittags war Jörg Lawrenz, Freier Journalist.

## *Bürgerversicherung Quo vadis?*

**Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein**, machte deutlich, dass sich das Nebeneinander von gesetzlicher Krankenkasse und privater Krankenversicherung bewährt habe. Für beide Systeme sei die Existenz des jeweils anderen von Vorteil. Folge man den Vorschlägen für eine Bürgerversicherung, dann werde dies die Versorgung qualitativ verschlechtern und die Verbreitung medizinischer Innovationen behindern. „Mit der Einheitsversicherung wird keines der heutigen Probleme besser

gelöst als im gegliederten System. Stattdessen geht das Gespür für eine freiheitliche Gesundheitsversorgung ohne Hereinreden der Kassenbürokratie und endlose gesetzliche Interventionen verloren. Die Patienten in beiden Systemen stehen danach schlechter da als jetzt.“ Auch rief Henke dazu auf, sich im Bundesrat für eine Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) einzusetzen. **FDP-Landespolitiker Brockes** machte deutlich, dass die Bürgerversicherung der falsche Weg sei. „Jeder Bürger müsse in die Lage versetzt werden, in Freiheit und Verantwortung selbst zu entscheiden, welchen Versorgungsschutz er wählen möchte. Die FDP stehe für ein Gesundheitssystem mit Angebotsvielfalt.“ Der **CDU-Landespolitiker und Staatsminister a. D. Lienenkämper** erklärte, dass die Ge-

sellschaft für eine Gesundheitsvorsorge auf hohem Niveau eintreten müsse. Hierzu gehören neben der fairen Bezahlung für die Leistungsträger auch Individualität und Freiheit und eben keine Bevormundung durch den Staat. „Das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Versicherung entspricht dem richtigen Gesellschaftsbild.“



*Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein*

*Von links nach rechts: Hanspeter Klein (VFB NW-Vorsitzender), Hans-Willi Körfges (SPD), Daniela Schneckenburger (Bündnis 90/Die Grünen), Jörg Lawrenz (Moderator), Dietmar Brockes (FDP), Lutz Lienenkämper (CDU), André Busshoven (VFB NW-Geschäftsführer)*



# Landtagswahl 2012. Ihre freiberufliche Stimme



## Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

„Landtagswahl 2012. Ihre freiberufliche Stimme“, lautete das Thema des Politischen Talks des Verbandes Freier Berufe NRW zur bevorstehenden Wahl. Wie wichtig Ihre freiberufliche Stimme ist, wird an der Zahl der Selbstständigen und Erwerbstätigen deutlich: In NRW gibt es 240.000 Freiberufler. Insgesamt beschäftigen sie in ihren Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen 640.000 Erwerbstätige. Darunter fallen 553.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 30.000 Auszubildende und 57.000 mitarbeitende, nicht-sozialversicherungspflichtige Familienangehörige. Damit bilden die Freien Berufe mit 31,5 Prozent der Selbstständigen das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und haben große gesellschaftliche und politische Relevanz.

Daher ist Ihre Stimme für die Ausrichtung der Landespolitik von großer Bedeutung. Der vorliegende Bericht zum Politischen Talk und die auf unserer Homepage abrufbaren Antworten der Spitzenkandidaten der Parteien zur Landtagswahl sollen Ihnen bei Ihrer Wahlentscheidung helfen. Denn nur wer zur Wahl geht, bestimmt, wer das Land NRW in den nächsten fünf Jahren im Sinne der Freien Berufe repräsentiert und regiert.

Herzlichst bin ich Ihr

Hanspeter Klein  
Vorsitzender des VFB NRW

**SPD-Landespolitiker Körfges** vertrat die Auffassung, dass die Bürgerversicherung zu mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen führe. „Im jetzigen System, mit dem Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen, sind die gesetzlich versicherten Patienten im Nachteil. Alle Bürger müssen einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem haben.“ **Bündnis 90/Die Grünen-Landespolitikerin Schneckenburger** sieht im bisherigen System eine gravierende Unterfinanzierung und machte darüber hinaus deutlich, dass „jeder Bürger die Chance auf eine gleiche und sachgerechte Versorgung eingeräumt bekommen“ müsse.



Erste Reihe von links nach rechts: Hanspeter Klein, Lutz Lienenkämper, Dietmar Brockes, Rudolf Henke, Hans-Willi Körfges und Rudolf Wehmeyer

## Verlässliche Versorgung für NRW [www.konvergenz-jetzt.de](http://www.konvergenz-jetzt.de)

Für die ambulante ärztliche und psychotherapeutische Versorgung steht in Nordrhein-Westfalen (NRW) deutlich weniger Geld je Versichertem zur Verfügung als in den anderen Bundesländern. **Dr. med. Wolfgang-Axel Dryden, Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe**, stellte klar, dass es dafür keine Rechtfertigung gebe: „Die Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen sind nicht weniger auf eine verlässliche Versorgung angewiesen als die Menschen in Bayern oder Berlin.“ Denn eine angemessene und im Bundesvergleich faire Vergütung für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte entscheidet über die künftige Qualität und die flächendeckende Erreichbarkeit der ambulanten Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW. **Dr. Dryden** forderte die Landespolitiker auf, sich dafür einzusetzen, eine Angleichung der ärztlichen Vergütung je Versichertem herbeizuführen. Die Landespolitiker von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und

FDP sagten zu, nach der Landtagswahl eine partei- und fraktionsübergreifende Initiative zu starten, sodass die strukturelle Benachteiligung der Gesundheitsversorgung in NRW beseitigt wird.



Dr. Wolfgang-Axel Dryden, Erster Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe





## Blick in die Zukunft der Apotheke

Zum Thema „Honorierung/Gebührenordnung in der medizinischen Versorgung“ betonte **Thomas Preis, Vorsitzender des Apothekerverbandes Nordrhein e. V.**, zunächst die Wichtigkeit der Kooperation von Arzt und Apotheker. Um den künftigen Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden, sei es erforderlich, dass Arzt und Apotheker enger zusammenarbeiten müssten, so Preis. Er verwies dabei auch auf ein zentrales Ergebnis der aktuellen Studie des Institutes für Handelsforschung (IfH, Köln) zur „Zukunft der Apotheke“: „80 Prozent der Bundesbürger fordern eine stärkere Zusammenarbeit der



*Thomas Preis, Vorsitzender des Apothekerverbandes Nordrhein e. V.*

beiden Heilberufe, um Unsicherheiten und Gefahren in der Arzneimitteltherapie vorzubeugen. Eine so eindeutige Forderung dürfen wir nicht ignorieren“, so **Preis**.

Mit dem Verweis auf die enormen wirtschaftlichen Belastungen durch das AM-NOG und dem immensen bürokratischen Aufwand allein durch die Umsetzung der Rabattverträge wurde eingefordert, die Apotheken-Vergütung leistungsgerecht anzupassen. „Die Apotheke wird zu den Kosten von heute und den Erträgen von 2004 betrieben. Da ist ein Anpassungsbedarf selbsterklärend“, betonte **Preis**. Schließlich sei die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Arzneimittelversorgung auf qualitativ hohem Niveau nur dann möglich, wenn die dafür zuständigen Leistungserbringer nicht weiter geschwächt und weitere Apothekenschließungen gestoppt würden.

Im Hinblick auf den sich schon heute abzeichnenden Mangel an qualifiziertem PTA-Nachwuchs in den Apotheken und

der zum Teil bereits existenzbedrohenden Finanzierungssituation der 15 PTA-Schulen mit ca. 2.000 Ausbildungsplätzen in Nordrhein-Westfalen forderte **Preis** die Parteien auf, die Förderung der PTA-Ausbildung auch weiterhin sicherzustellen. „Die finanzielle Bezuschussung der PTA-Ausbildung muss auch künftig in unverminderter Höhe erfolgen. Sie ist für den Fortbestand der PTA-Schulen und damit für den Erhalt von qualifizierten Ausbildungsplätzen in den Apotheken unverzichtbar“, so **Preis**. Aktuell seien rund 13.000 PTA in den rund 5.000 Apotheken beschäftigt.

**Körffges** und **Schneckenburger** stellten klar, dass die Ausbildung der pharmazeutisch-technischen Assistentinnen gesichert werden müsse. Darüber hinaus sprachen sie sich für eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung aus. Auch machte **Körffges** deutlich, dass der SPD-Beschluss zu Apothekenketten geändert werden müsse durch ein Bekenntnis zu inhabergeführten Apotheken ohne Konzerne im Hintergrund. **Lienenkämper** sprach sich ebenfalls gegen Apothekenketten aus und erklärte, dass sich das bisherige System bewährt habe. **Brocks** machte deutlich, dass Arzneien ein besonderes Gut darstellen. Zur sicheren Anwendung brauche man die individuelle Beratung und Risikoabwägung durch einen Fachmann vor Ort.

## Interkommunale Zusammenarbeit



*Rudolf Wehmeyer:  
„Die Freien Berufe sind nicht Teil eines Problems, sondern ein Teil der Lösung.“*

**Dipl.-Ing. Rudolf Wehmeyer, Vorsitzender des Bundes der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. Landesgruppe NRW**, zeigte auf, dass durch die Änderung des § 107 Gemeindeordnung für das

Land NRW die Kommunen in die Lage versetzt werden, in Konkurrenz zu privaten Dienstleistungserbringern zu treten. Durch geringere wirtschaftliche Risiken, bessere Finanzierungsmöglichkeiten und Quersubventionierungen haben dabei Kommunalunternehmen die Möglichkeit, ihre Marktmacht zu vergrößern und ihre freiberuflichen Mitbewerber aus dem Markt zu drängen. Gleiches gelte für die interkommunale Zusammenarbeit, bei der sich Kommunen zusammenschließen, um sich durch Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie durch gemeinsames Handeln zu verstärken. **Wehmeyer** bat die Landespolitiker, die Freien Berufe in NRW in die interkommunale Zusammenarbeit

einzubinden, denn es ist vernünftig, die in den Kommunen vorhandenen Strukturen zu bündeln und mit anderen, gleichartigen Nachbarn gemeinsam zu nutzen. Es wäre in der heutigen Zeit unverantwortlich diese kommunalen Potenziale nicht zu straffen. Aber es ist genau so unverantwortlich die im Lande vorhandenen Ressourcen nicht in den Gestaltungsprozess einzubeziehen. Damit würden vorhandene Potenziale liegengelassen. Stellen wir die Herausforderungen in unserem Lande auf den Prüfstand, so stellen wir fest, dass der freie Berufsstand in vielen Bereichen gefordert ist. Man muß nur erkennen: „Er ist nicht Teil eines Problems, sondern ein Teil der Lösung.“

**Körffges** erläuterte den Standpunkt der NRWSPD. Seine Partei habe den Stadtwerken in NRW wieder eine breite wirtschaftliche Betätigung im Energiemarkt ermöglicht, um damit den Wettbewerb zu stärken und neue, innovative und dezentrale Strukturen für Energieerzeugung und Dienstleistungen zu schaffen. „Wir haben die Stadtwerke in die Lage versetzt, private Aufträge an Wirtschaft und Freie Berufe zu vergeben. Damit haben wir neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung geschaffen.“ **Schneckenburger** machte deutlich, dass die eigentliche Gefahr für

die Freien Berufe „handlungsunfähige Kommunen“ seien: „Wir haben mit der Gesetzesänderung Privat und Staat wieder in ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht.“ **Brockes** erklärte, dass der neu in § 107 Gemeindeordnung für das Land NRW festgeschriebene Grundsatz „Staat vor Privat“ in der nächsten Legislaturperiode wieder umgekehrt werden müsse. **Lienenkämper** stellte fest, dass es gerade bei der Reurbanisierung und bei der Modernisierung der Gebäudesubstanz nicht ohne die Freien Berufe gehen werde: „Wir brauchen die Freien Berufe!“

## Stärkerer Einfluss des Landes NRW in Brüssel

**Diplom-Ingenieur Hanspeter Klein, Vorsitzender des VFB NW**, machte deutlich, dass sich die Freien Berufe auf europäischer Ebene nicht ausreichend unterstützt sähen. Er bat die anwesenden Landespolitiker, sich in der nächsten Legislaturperiode dafür einzusetzen, dass das Land Nordrhein-Westfalen in Berlin, insbesondere aber in Brüssel, sein Gewicht stärker als bisher nutzt, um im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten mitzugestalten, statt nur zu verwalten.

„Von großer Bedeutung für die Gesellschaft ist die Stärkung der Freiberuflichkeit statt ihrer Kommerzialisierung“, so **Klein**. Die Heilberufe, die rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufe, die naturwissenschaftlichen/technischen Berufe und die informationsvermittelnden Berufe/Kulturbederufe sind von dem Prozess der Kommerzialisierung gleichermaßen betroffen, einem Prozess, in dem sich wirtschaftliche Interessen, z. B. von Kapitalgesellschaften, einen Gesellschaftsbereich erschließen und ausnutzen, der bislang nicht an ökonomischen Zwecken der Gewinnmaximierung orientiert war.

**Klein** fordert: „NRW muss auch weiterhin den optimalen Rahmen für die unabhängige Beratung und Betreuung von Klienten, Kunden, Mandanten und Patienten sicherstellen. Der Freiberufler muss im



*Hanspeter Klein:  
„Der Freiberufler muss  
im Kern seiner Leistung  
frei bleiben.“*

Kern seiner Leistung frei bleiben. Nur so kann er sich der individuellen Situation des Klienten, Kunden, Mandanten oder Patienten im erforderlichen Umfang widmen. Es kommt darauf an, sich gemeinsam mit der Politik im Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die qualitativ hohen deutschen Standards von neu gesetzten europäischen Standards nicht nach unten nivelliert werden.“

## Impressum



Verband Freier Berufe

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe  
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.  
Dipl.-Ing. Hanspeter Klein (V. i. S. d. P.)  
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf  
Tel.: 0211 4361799-0  
Fax: 0211 4361799-19  
info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de  
Redaktion:

André Busshoven, Katharina Kosub,  
Daniela Leminski

Konzept, Gestaltung und Produktion:  
Manfred Wieland, InDeMa, Essen  
Bildnachweis: VFB NW

## Restauratorenengesetz NRW

**Diplom-Restaurator Stephan Brunnert, Vorsitzender des Verbandes der Restauratoren e. V. Landesgruppe NRW**, regte an, in einen Dialog über ein „Restauratorenengesetz für Nordrhein-Westfalen“ einzutreten. Am 2. Februar 2011 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt das Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung „Restauratorin“ bzw. „Restaurator“ im Land Sachsen-Anhalt (Restauratorenengesetz Sachsen-Anhalt – ReG LSA) verabschiedet. Dem Gesetzentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD zusammen mit der FDP und der Fraktion „Die Linke“ zu. **Brunnert** machte deutlich, dass es Ziel des Gesetzes sei, die Berufsbezeichnung „Restaurator/-in“ zu schützen und damit dem Schutz von Kulturgütern sowie dem Verbraucherschutz Rechnung zu tragen. Durch das Gesetz soll unter anderem verhindert werden, dass irreversible Beschädigungen an denkmalgeschütztem Kulturgut durch unbefugte, unsachgemäße Maßnahmen von „selbst ernannten“ Restauratoren bzw. Laien ohne jeden Qualifikationsnachweis verursacht werden.



*Stephan Brunnert, Vorsitzender des Verbandes der Restauratoren e. V. Landesgruppe NRW*

Die Landespolitiker sagten zu, am Anfang der nächsten Legislaturperiode zu prüfen, inwieweit ein Restauratorenengesetz NRW dazu beitragen könne, die Qualität beim Erhalt unreproduzierbarer Werte zu sichern. **Lienenkämper** sprach sich für ein „vernünftiges Niveau des Kulturgüterschutzes“ aus. **Körffges** und **Schneckenburger** machten deutlich, dass Qualität geschützt werden müsse. **Brockes** stellte klar, dass wir in NRW „Standards beim Kulturgüterschutz benötigen“.